NEIN zur

Schuldenbremse

03.03.2024

Die FDP will eine Schuldenbremse einführen:

Die Initiative verlangt, dass die Gesamtverschuldung 70 Prozent der Gesamteinnahmen des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres nicht übersteigen darf.

Dies ist Unnötig – Die Finanzpolitik in Uster stimmt.

Der Gemeinderat legt jährlich das Budget fest. Grössere Investitionen müssen immer vom Volk bewilligt werden. Obwohl Uster wächst, sind die Schulden in den letzten Jahren sogar gesunken. Es gibt bereits heute kantonale und kommunale Vorgaben zum Finanzhaushalt, welche die Verschuldung begrenzen. Es braucht keine weiteren Bestimmungen.

Dazu kommt: Die Schuldenbremse würde zu absurden Entscheidungen führen.

Die Schuldenbremse handelt den finanzpolitischen Handlungsspielraum unnötig ein. Sie führt dazu, dass wichtige Investitionen in die Infrastruktur und andere Projekte, wie z.B Schulhaussanierungen, Sportplätze, Verwaltungsgebäude, Strassensanierungen, gegebenenfalls nicht mehr getätigt oder allenfalls verschoben werden und dann später mit höheren Kosten nachgeholt werden müssten. Eine nachhaltige Finanzpolitik braucht Handlungsspielraum – mit einer Schuldenbremse wird sie stark eingeschränkt.

Die Initiative ist zudem ineffizient – Schulden würden mit der Initiative nicht begrenzt.

Nebst dem, dass das Instrument einer Schuldenbremse unzweckmässig und unnötig ist, kommt hinzu, dass der Initiativtext selbst in sich widersprüchlich ist. Die Initiative ist so formuliert, dass der Gemeinderat mit der Schuldenbremse auch einen Haushalt verabschieden kann, der die Schuldengrenze nicht einhält. Oder er kann die Steuern erhöhen. Eine solche Initiative hat keine Unterstützung verdient – Uster braucht keinen Papiertiger.

Darum: NEIN zur Schuldenbremse am 03.03.2024!

GRÜNE USTER

EVP Evangelische Volkspartei

SP DIE STADTPARTEI